

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

20 Pfennige

Herausgegeben vom ANTI-STRAUS-KOMITEE

4. Jhg., Nr. 26 - Mai/Juni 1977

'Das müssen wir verhindern'



"Das dürfen die nicht! Das müssen wir verhindern", rief Alfred Haag, Landesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-Bund der Antifaschisten) auf dem Platz in Fürstentfeldbruck, als sich im Rücken zahlreicher Demonstranten, die gegen das Auftreten neofaschistischer Kräfte protestierten, ein Musikzug der "Jungen Nationaldemokraten" formierte und mit dumpfen Trommelschlägen einen Marsch anstimmen wollte. Aus Empörung über diese erneute Provokation, die die Erinnerung an die trommelnden faschistischen Stoßtrupps in den 20iger und 30iger Jahren wachriefen, umringten die ehemals

Verfolgten des Naziregimes zusammen mit anderen Demonstranten (insgesamt an die 500) die meist 12 bis 14jährigen halb-wüchsigen Neofaschisten und forderten lautstark ihren Abzug, - solange bis sie ihre Instrumente wieder einpackten und abfuhrten. Zu dieser weiteren Herausforderung in Fürstentfeldbruck war es gekommen, nachdem ein von den "Jungen Nationaldemokraten" für den 7. Mai in Dachau geplantes Auftreten von den dortigen Behörden nicht genehmigt worden war und nun in Fürstentfeldbruck stattfinden sollte.

NAZIS RAUS AUS DACHAU

Ausgerechnet in Dachau, wo die Nazis Tausende von Menschen eingesperrt, gedemütigt, gefoltert und ermordet hatten, und ausgerechnet am 7. Mai, einen Tag vor dem Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, hatte die Jugendorganisation der NPD einen Kongreß und einen Aufmarsch in der Stadt geplant.

Der Name Dachau steht in der ganzen Welt stellvertretend für die Greuel des Hitlerregimes. In Dachau war es auch, wo die Nazis das erste Konzentrationslager errichteten, nach dessen Vorbild dann die späteren Arbeits- und Vernichtungslager eingerichtet wurden.

Nach Bekanntwerden dieser drohenden Provokation für alle ehemaligen Widerstandskämpfer, Verfolgte und heutige Antifaschisten gingen zahlreiche Protestschreiben von Einzelpersonen und Organisationen innerhalb und außerhalb Bayerns beim Oberbürgermeister der Stadt Dachau ein. Diesen sofortigen Protesten aus der Öffentlichkeit ist es zu verdanken, daß die Stadtverwaltung das Auftreten neuer nazistischer Kräfte in Dachau nicht zuließ und damit den Namen und das Ansehen der Stadt davor bewahrte, erneut vor dem In- und Ausland mit faschistischen Umtrieben in Verbindung gebracht zu werden.

Protestiert hatten neben zahlreichen Einzelpersonen u.a.:

VVN-Landesverband

VVN-Regensburg

VVN-Nürnberg

Gewerkschaft HBV-Fachgruppe Buchhandel (Regensburg)

Evangelische Industriejugend und Arbeitsgemeinschaft für Berufsschüler- und Industriejugendarbeit, Regensburg

Rote Schülerfront

Arbeitskreis Regensburger Schüler und Schülervertreter

Kommunistischer Hochschulbund

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Unterbezirksversammlung der Jungsozialisten, Regensburg

Anti-Strauß-Komitee (Regensburg)

Anti-Strauß-Komitee (München)

ÖTV-Abteilung Wissenschaft und Forschung

HBV - Ortsverwaltung München

Bund deutscher Pfadfinder (München)

Kreisjugendring München

Jusobezirk Südbayern

Gewerkschaftsjugend

ASTa Fachhochschule München

und viele andere.

DACHAU DEN ANTIFASCHISTEN

Mit großem Beifall wurde von den am 7. Mai zahlreich versammelten Antifaschisten auf dem Dachauer Schloßplatz diese Absage von Seiten der Stadt an die "Jungen Nationaldemokraten" begrüßt. Als auch bekannt wurde, daß Dachauer und Münchner Mitglieder der VVN/Bund der Antifaschisten, die am Vormittag bereits an der Gedenkstätte für ermordete sowjetische Kriegsgefangene (Hebertshausen bei Dachau) eine Kundgebung abgehalten hatten, nun auch in das benachbarte Fürstentfeldbruck gefahren seien, um gegen die dort

hin ausgewichenen Neonazis zu protestieren, entschlossen sich die versammelten Dachauer und Münchner Antifaschisten ebenfalls, dort zu unterstützen.

KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN

Mit dieser und anderen Losungen auf Schildern und Transparenten und unter dem Gesang von Arbeiterliedern vereinigten sich gegen Mittag die ca. 300 neu Hinzukommenden mit den bereits am Platz stehenden Dachauer und Münchner Kameraden und einer Gruppe Tübinger Antifaschisten. So war es eine Menge von ungefähr 500 Antifaschisten - Angehörige von sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen, Gewerkschafter und Studenten - die den Neonazis den Weg versperrten und den beabsichtigten Aufmarsch mit Musik und eine vorgesehene Kundgebung verhinderten.

DAS MÜSSEN WIR VERHINDERN

Der Erfolg der Aktion zeigt, daß diese aus der unmittelbaren Situation von

A. Haag (VVN) aufgestellte Forderung nicht nur richtig war, sondern daß sie durch Gemeinsamkeit auch tatsächlich verwirklicht werden konnte. Die auf dem Platz zustande gekommene Aktionseinheit vom 7. Mai 1977 sollte uns allen helfen, die Einsicht, daß gemeinsames Handeln erfolgreich ist, noch weiter zu vertiefen und mit dieser Erfahrung den Kampf in dem Bewußtsein führen: DER FEIND STEHT RECHTS!

IMMER AUFZEIGEN: WER STECKT DAHINTER

Dies bezeichnete Adi Meislinger von der VVN bei einer abschließenden Führung durch das Museum des KZ Dachau als vordringlichste Aufgabe besonders bei der jungen Generation. Ob es um den Hitler-Faschismus ginge oder um die heutige Situation der Berufsverbote etc., **stets müsse man den dahinter stehenden Feind, das Kapital, aufzeigen.** Nahezu alle Teilnehmer der gemeinsamen Protestaktion waren **anschließend** zur Gedenkstätte ins KZ gezogen, hatten einen Kranz niedergelegt und den von Adi Meislinger vorgetragenen "Schwur der KZ-Häftlinge von Buchenwald" erneuert. Vor über 300 Versammelten fand diese Gedenkveranstaltung einen hoffnungsvollen Ausklang mit dem Lied: "UND WIR HABEN DIE LOSUNG VON DACHAU GELERNT!" ■

DER NÄCHSTE DID ERSCHEINT MITTE JULI

Zwei Demonstrationen



Es wird geklagt, die "Linken" könnten sich nicht einigen. Jede der unzähligen großen und kleineren Organisationen suche nur ihre eigene Profilierung und grenze sich krampfhaft nach allen Seiten ab (mit Vorliebe nach links). Gewöhnlich trifft das auch zu.

Erfreulicherweise aber nicht immer. Zwei Demonstrationen im Mai haben das gezeigt. Es ist auch hierzulande möglich gemeinsam zu handeln. Freilich sind die Bedingungen besondere.

Anders als unter normalen Umständen zu erwarten gewesen wäre, verständigten sich die in Dachau und Fürstfeldbruck vertretenen Organisationen vorher nicht oder nur unzureichend über eine gemeinsame Strategie des Vorgehens. Zeitweilig sah es sogar so aus, als wäre jeder dieser Organisationen bestrebt über ihre Pläne nichts nach Außen dringen zu lassen. Dabei fanden durchaus Kontakte statt aber das war wohl nicht mehr als ein Herantasten, jedenfalls zumindest in München.

Schließlich ging es trotzdem gut. Auch ohne detaillierte Absprachen, ohne Konzepte für ein gemeinsames Vorgehen klappte die Abwehr der Faschisten in Dachau und Fürstfeldbruck.

Die praktische Tat hatte offensichtlich gemacht, daß gleiche Ziele erfreulicherweise auch ein gleiches Handeln zur Folge haben. Die Fortsetzung solcher Massen praktizierter Einigkeit in sachlicher Gesprächen, um nächstes Mal noch besser vorbereitet zu sein, ist offensichtlich mehr als sinnvoll.

So wie die Demonstration gegen die Faschisten in Fürstfeldbruck gezeigt hat, wer heute alles zur Einheit bereit ist, so hat die Demonstration des Komitees für Frieden und Abrüstung eher gezeigt,

wo heute die Feinde der Einheit und die Spalter sitzen. Zwar beteiligten sich dort viel mehr Einzelorganisationen, aber gerade wer sich nicht beteiligte ist in diesem Fall erhellend. Da stellt sich z.B. der DGB-Senator Rothe hin und erklärt gegen die weitere Aufrüstung, gegen Kriegsgefahr und Faschismus würden nur Kommunisten und Staatsfeinde demonstrieren, als seien nicht die die wirklichen Feinde des Staates, die ihn mit ihrer forcierten Aufrüstung potentiell immer wieder in Frage stellen.

Da verbietet ein selbstherrlicher Parteimanager in Bonn seiner Jugendorganisation die Teilnahme und droht widrigenfalls mit Ausschlüssen, als sei es nicht gerade diese Partei, die sich selbst so salbungsvoll auf die Schulter klopft, wenn es um Fragen von Krieg und Frieden geht.

Aber es hat sich zum Glück gezeigt, daß die Wirkung solcher Maßnahmen begrenzt ist. Viele Sozialdemokraten waren trotzdem dabei, auch wenn ihre Spitzen es verboten. Und das ist das Wichtigste.

IN DIESER NUMMER

GRÜNDE FÜR DEN TERROR

sieht man offiziell nur in den Terroristen selbst. Tatsächlich ist es aber die Gesellschaft, die Gewalt erzeugt

S. 5

KRIMIS MIT POLITIK

von Sjöwahl/Walhöö zeigen die Ursachen der Gewalt für Schweden auf. Es ist übertragbar auf die BRD, was die Autoren nachweisen

S. 6

"KOPF AB, DU SAU"

grölten Bürger einem Kindesmörder entgegen. Die ortsnähe Zeitung plädierte für Todesstrafe.

S. 8

Illegaler Alltag im Fernsehen

'Der Alte'- nichts Neues

Die Fernsehserie "Der Alte" setzt neue Maßstäbe für die Arbeit der Polizei.

Es werden **Verdächtige an die** Heizungen gefesselt, **Geständnisse** mit falschen Tonbandaufzeichnungen erpresst, falsche Tatsachen zur Erbringung von Geständnissen vorgespielt. - Polizeialltag in der BRD.

Die Mittel, die der "Alte" anwendet, sind absolut illegal, wie die Polizeigewerkschaft versichert.

Aber Skepsis ist angebracht, wenn im Fernsehen illegale Polizeipraktiken als legale Alltäglichkeiten dargestellt werden.

Schlecht recherchiert? Kaum. Bei jedem Kriminalfilm wirken polizeiliche Fachkräfte mit.

Wir vermuten vielmehr, daß der Zuschauer solche Praktiken als normal empfinden soll. Schließlich kann man auch schlecht unterscheiden, was bei sonst realistischer Kulisse nun an den Verhaltensweisen der Polizei realistisch und erlaubt oder unrealistisch und unerlaubt ist.

Wenn man dann erfährt, daß die ganze Serie darauf abstellt, mit dem "Alten" einen Kriminalkommissar vorzustellen, der die Verbrecher immer hart am Rande der Legalität jagt, dann fordert das den Zuschauer geradezu auf, auch zu denken: alle Mittel sind erlaubt, Hauptsache, der Gangster kommt hinter Gitter.

Sicherlich ist die dargestellte Polizeipraxis aber auch realistisch, denn nicht umsonst hört man immer wieder von polizeilichen Übergriffen und Praktiken am Rande oder jenseits der Gesetzlichkeit. **Sie sind einer Polizei nur zu leicht zuzutrauen, deren Erfolg schlicht an bloßen Aufklärungsquoten gemessen wird.**

Buback tot — alles beim Alten

Wem hat der Mord an Buback genutzt? Den Terroristen? Sonnenberg ist durch den Kopf geschossen worden. Dem Rechtsstaat? Die CDU/CSU wärmt ihre Polizeigesetze auf und Schmidt ist zumindest nicht dagegen.

Die Bürger, so hieß es überall, sind entsetzt und empört. Und wie erhalten sie ihr Entsetzen belohnt? Minister Maihofers Rücktritt ist aus der Presse verschwunden. Abhören soll völlig legal und normal werden. Streikende Fluglotsen, Bundeswehr-offiziere, die nicht auf der Linie der Generäle liegen, Rechtsanwälte, die die letzten Rechte verteidigen, Schriftsteller wie Günther Wallraff, sie werden alle weiter abgehört und bespitzelt und kein Gewissen der Berufsdemokraten regt sich, und niemand erklärt **öffentlich** sein Entsetzen. Dies ist die andere Seite des

Attentats auf Buback, daß es schamlos und skrupellos ausgenutzt wird, den Dreck am eigenen Stecken mit dem Mäntelchen der Rechtmäßigkeit zu verhüllen.

Nicht die Terroristen sollen verfolgt und gefangengesetzt werden, die letzten Reste eigener Meinung und selbständigen Denkens sollen ihre Freiheit verlieren. Ausgerechnet der Vorsitzende der Lehrer-Gewerkschaft GEW, Erich Frister, dessen Kollegen von Radikalenerlaß und Arbeitslosigkeit gejagt werden, hat dies in seltener Offenheit gesagt. In einem Rundbrief hat er all diejenigen als Gewerkschaftsfeinde gebrandmarkt und ihren Ausschluß gefordert und legitimiert, die, obwohl sie gegen das Attentat sind, dennoch die Ursachen von Gewalt auch darin sehen, daß bei uns der Weg beschritten wird, die Volksherrschaft (Demokratie) durch den Polizeistaat zu ersetzen.

Andere Gründe für den Terror

'Terroristen' sind **keine Sonderfälle mehr**. Die USA, Japan, Schweden und nicht zuletzt die BRD sind zu Zentren einer Gewaltwelle geworden, die sich selbst politisch etikettiert, ansonsten aber mit **alten Methoden vorgeht**.

Dieser Terror ist aber nur die Spitze eines Eisberges von täglich vorkommender Gewalttätigkeit, die sich immer mehr breit macht, in den Untergeschoßen der U-Bahn, auf wenig belebten Plätzen, in Schulen und Kindergärten, im Elternhaus.

Diese Gewalt hat Ursachen, denen nicht administrativ oder juristisch beizukommen ist.

Darüber gibt es Statistiken. In Schweden wird heute von jedem Bürger über seine Steuern der dreifache Betrag dessen für die Polizei aufgewandt, was ein Bürger in einem vergleichbaren Land wie Dänemark zahlen muß. Linear mit der Eskalation staatlicher Polizeigewalt stieg daher in Schweden auch die Zahl der Gewaltverbrechen. Gewalt bedingt sich. Die Frage danach, wer anfängt, ist freilich müßig. Sowohl der kleine brutale Gangster oder der gescheite 'Terrorist', als auch die kühlen Planer in den Schaltstellen der Macht handeln nicht geplant, sondern nach Gesetzen, die der Verfall einer Gesellschaft diktiert.

Auch in der BRD sind durch die Aufrüstung der Polizei keine nennenswerten Erfolge in der Bekämpfung der Gewaltkriminalität erreicht worden. Ganz zu schweigen davon, daß der 'Terrorismus' mit Gesetzen zu bekämpfen wäre, die die Demonstrations- oder Streikfreiheit einschränken. Selbst dem politisch uninteressiertesten Bundesbürger müßte eigentlich schon aufgefallen sein, daß 'Terroristen' gewöhnlich nicht demonstrieren. Und auch von 'Terroristenstreiks' (außer Hungerstreiks) haben wir noch nichts gehört.

Um so schlimmer ist allerdings die Heuchelei, mit der die Verantwortlichen dem 'Terror' begegnen, obwohl gerade diese Heuchelei politische Wirkung zeigt.

Vierzehn Opfer der 'Terroristen' werden beklagt. Nur vierzehn. Aber ca. 8000 Verkehrstote könnten jährlich noch am Leben sein, wenn die Gesetze zum Tragen und Anlegen von Sicherheitsgurten im Straßenverkehr verschärft würden. Man zögert allerdings, auf diese Weise die individuelle Freiheit einzuschränken und hält sich damit lieber ans Demonstrierungsrecht. Die Angehörigen

der 8000 wissen ihre Freiheit zu schätzen. Oder wo würde mit soviel Tamtam beklagt, daß sich monatlich mindestens **1000 Menschen** das Leben nehmen, weil sie entweder arbeitslos sind, oder Angst davor haben müssen, sich in dieser Gesellschaft nicht zu recht zu finden.

Was sind die 14 Toten gegen die Schüler, die sich aus Angst vor dem Zeugnis vor die S-Bahn schmeißen. Aber Kultusminister Maier kann froh sein, wenigstens auch auf diese Weise die "Selektionsfunktion der leistungsorientierten Schulen" gewährleisten zu sehen. Dieser Orgelspielende Vertreter der Leistungseuthanasie.

Die Gewalt, die umgeht, ist nicht ein Zeichen plötzlicher Charakterschwäche, sondern des gesellschaftlichen Verfalls und der Ausweglosigkeit.

Unlängst veröffentlichte der Stern einen Bericht über Gewalt an Schulen. Fassungslos müssen Lehrer mit ansehen, wie sich rotnäsige Dreikäsehochs grün und blau schlagen und am Ende gar nicht wissen warum. Dem Wild-West-Film-Satz: Blut muß fließen, folgt meistens die blutige Nase oder der ausgeschlagene Zahn. Ein Rektor weiß allerdings dagegen das klassische Rezept: "Es ist immer noch empfehlenswert dem Betreffenden einen Verweis auszusprechen und so die Klasse zum Denken anzuregen." Ob dieser Rektor auch ein Opfer von Schülerangriffen geworden ist, wissen wir leider nicht.

Gewalt entsteht aus Angst. Angst vor dem Versagen in der Schule, Angst vor den Eltern, die ihrerseits Angst vor dem

demütigenden Arbeitslosendasein haben. Wenn eine Gesellschaft sich als unfähig erweist, ihre Probleme zu lösen, muß sie zerfallen. Und dieser Zerfall ist bereits bei uns erkennbar. Jeder fragt, wie es weitergehen soll. Mit der Wirtschaft, der Arbeitslosigkeit, dem Gesundheitswesen, in der Bildungspolitik, mit der Aufrüstung usw.

'Terroristen' geben keine Lösung an, sie reagieren nur blind auf die scheinbare Ausweglosigkeit.

Denkbar wäre aber auch, nicht mit desparater Gewalt, sondern mit Überzeugung und der Gewalt der solidarischen Handlung für den Frieden, die Freiheit und den sozialen Fortschritt zu kämpfen. ■

Schweden - ein Modell



Krimis mit Politik

Unlängst ist der 10. und letzte Roman dieses Ehepaares erschienen. Die 10 Romane dokumentieren an Hand von Kriminalfällen, die eher alltäglich sind, wie ein sozialdemokratisch regiertes Land, das gerade auch in der BRD vielen Menschen immer noch als freiheitlicher Hort dient, auf Prozesse reagiert, die es nur mit einer beispiellosen Eskalation von Gewalt in den Griff zu bekommen glaubt. Sjöwall/Wahlöös Romane handeln nicht nur von der Polizei. Sondern vor allem von einer Gesellschaft, die durch politische und ökonomische Krisen gebeutelt, immer mehr arbeitslose Jugendliche, ungelernte Arbeiter und Rentner in Apathie, Angst, Drogensucht und Kriminalität treibt. Dabei tummeln sich einige ganz genüsslich in diesem Chaos und machen wie überall zynisch und aalglatt ihre Geschäfte. Ob Schweden oder BRD, das ist austauschbar.

"Charlotte Palmgren war jetzt sehr reich und unabhängig geworden, und soweit sich das beurteilen ließ, gingen Linder und Hoff-Jensen einer strahlenden Zukunft entgegen.

DAS SCHWEDISCHE Ehepaar SJÖWALL/WAHLÖÖ WEIST MIT SEINEN KRIMIS EINEN NEUEN WEG IN DER UNTERHALTUNG: IHRE ROMANE SIND SPANNEND UND UNAUFDRINGLICH LEHRREICH! SIE ERZÄHLEN MEHR VON DER GESELLSCHAFT ALS MANCHES KLUGE BUCH.

Hampus Broberg würde vermutlich sogar der Verhaftung entgehen. Ein Stab hochdotierter Juristen würde nachweisen, daß er keineswegs versucht hatte, Wertpapiere außer Landes zu schmuggeln. Auch andere Delikte würden ihm nicht nachzuweisen sein. Seine Frau und seine Tochter befanden sich in Sicherheit, in der Schweiz oder in Liechtenstein. Ihnen standen fette Bankkonten zur Verfügung. Helena Hansson würde irgendeine Strafe erhalten, aber sicherlich keine fühlbare. Sie würde sich in sehr naher Zukunft wieder in ihrem angestammten Beruf etablieren.

Übrig blieb ein Schrottarbeiter auf einer Schiffswerft, der sich bald wegen Totschlags oder Mordes vor Gericht zu verantworten haben würde. Anschließend würde er während seiner goldenen mittleren Jahre in einer Gefängniszelle verfaulen.

Martin Beck, Kriminalkommissar, fühlte sich entschieden nicht wohl."

Eindringlich schildern Sjöwall und Wahlöö die Unfähigkeit der Regierenden und der Polizeiführung, anders auf diese Probleme einer zerfallenden Gesellschaft zu antworten als mit der Maschinengewehr- und dem Knüppel unverhüllter Einschüchterung.

"Die uniformierte Polizei wurde ermuntert, mit eiserner Faust durchzugreifen, wie es heißt, und zahlreiche Beamte taten dies auch mit Begeisterung und bei allen möglichen Anlässen. Wenn man einem Säufer

eins mit dem Knüppel über den Schädel gibt, ist die Gefahr relativ groß, daß er zurückschlägt. Das war eine einfache Lektion, jeder konnte sie lernen.

Die Taktik setzte sich durch. Die Polizei würde bis an die Grenze des Denkbaren bewaffnet. Situationen, die früher von einem einzigen Mann hatten bewältigt werden können, der mit nichts als einem Bleistift und einer Spur gesunden Menschenverstandes ausgerüstet war, erforderten plötzlich einen Einsatzwagen voller Polizisten mit Maschinenpistolen und kugelsicheren Westen.

Auf etwas längere Sicht zeitigte diese Taktik ein Ergebnis, mit dem man nicht gerechnet hatte. Gewalt gebiert nicht nur Abneigung und Haß, sondern auch Unsicherheit und Furcht.

Jetzt hatte man es soweit gebracht, daß die Menschen tatsächlich Angst voreinander hatten. Stockholm wurde zu einer Stadt, in der Zehntausende furchtsamer Individuen lebten, und ängstliche Menschen sind gefährlich.

Viele der sechshundert Polizeibeamten, die den Dienst quittiert hatten, hatten es aus Angst getan. Obwohl sie, wie gesagt, bis an die Zähne bewaffnet gewesen waren und in ihren Streifenwagen gehockt hatten. Etliche waren natürlich auch aus anderen Gründen aus Stockholm geflüchtet, beispielsweise aus allgemeinem Unbehagen oder aus Ekel über das Gewerbe, das sie hatten ausüben müssen.

Der eingeschlagene Kurs hatte sich also als falsch erwiesen. Seine tiefste Motivation war in Dunkel gehüllt. Viele glaubten jedoch, im Dunkel braune Farbtöne zu ahnen."

Das "schwedische Modell" entpuppt sich als gut gepolstertes Irrenhaus, in dem der Therapeut durch den Wärter und Wachter ersetzt worden ist, weil die Patienten offenbar mehr wollten als gepolsterte Auffangmechanismen ihres Elends. Die Helden der Romane haben sich selbst tief in dem Gestrüpp staatlicher Polizeipolitik verfangen. Aber es ist auch konsequent, wenn im vorletzten Band ein Polizeibeamter mit den Worten seinen Dienst quittiert: "Ich bin ein Mann, der sich nach 27 Dienstjahren in solchem Maße seines Berufes schämt, daß sein Gewissen ihm es verbietet, ihn noch länger auszuführen."

Martin Beck, der "Held" aller 10 Romane, verschließt sich dieser Konsequenz. An ihm zeigen die Autoren mehr, wie sich der gesellschaftliche Zerfall individuell



niederschlägt. Wie Becks Ehe austrocknet, er sich schließlich von seiner Frau erst trennt, als die Kinder schon erwachsen sind, wie sein Sohn ihn verachtet, weil Beck nicht einmal zynisch ist, sondern eigentlich schon längst resigniert hat, wie er sich an seine neue Freundin klammert, weil er Ausgleich für seine Tätigkeit braucht, aus der er keinen Ausweg sieht.

Auch Gunnvald Larsson kennt diesen Ausweg nicht, aber er, der gewöhnlich unangenehm borniert und brutal auftritt, bringt auf den Begriff, was die Autoren meinen: "so funktioniert eben das kapitalistische System." Larsson ist kein politischer Kämpfer. Aber bei ihm liegt wenigstens der gesunde Menschenverstand noch auf der Zunge: "Jetzt bleibt es, wie ich befohlen habe", erwiderte Malm. "Wir wollen keine Heldentaten liefern. Die beiden Bur-schen sind für solche Fälle ausgebildet und haben eine Chance von neun zu eins. Es ist sogar damit zu rechnen, daß einer von beiden ohne einen Kratzer davonkommt. Also jetzt keine amateurmäßigen Vorschläge oder Einwände mehr. Verstanden?"

"Verstanden!" antwortete Gunnvald Larsson. "Heil Hitler!"

Malm fuhr zusammen, als ob er sich an einem glühenden Eisen verbrannt hätte. "Das vergeß ich dir nicht" zischte er. "Darauf kannst du Gift nehmen". Auch alle anderen sahen Gunnvald Larsson vorwurfsvoll an, und Rönn, der ihm am nächsten stand, sagte leise: "Das war ziemlich dumm von dir, Gunnvald!"

"Findest du?" fragte Gunnvald Larsson. ■

Empörung unter Regensburger Antifaschisten!

"Reichstag in Regensburg"

"Attacke gegen Demokraten"

Mehr oder weniger durch Zufall wurde einem Teil der Regensburger Demokraten und Antifaschisten ein paar Tage vorher bekannt, daß am Wochenende vom 21./22. Mai 1977 eine ungeheuerliche Provokation von Seiten Ultrarechter, Anhänger der alten Nazi - Ideologie geplant war. Genauer: Ein Polizeibeamter hatte erzählt, daß Urlaubssperre über die Polizei verordnet worden war und daß Bereitschaftspolizei kommen sollte "wegen diesem Reichstag von den Rechtsextremisten". Mehr wußte er nicht. Wer wußte mehr? Diese Frage war die erste, die einige Regensburger Antifaschisten stellten und die sie weitergaben an andere, an Stadträte, Journalisten, Gewerkschaftsspitze und Parteibüros usw.. Auch diese fragten bei allen zuständigen Stellen an und erfuhren so gut wie nichts; nur daß tatsächlich "etwas im Busch sei". Ansonsten war kein "Zuständiger" zu erreichen, beim Ordnungsamt nicht, bei der Polizei nicht, im Rathaus nicht (OB Schlichtinger und der Polizeipräsident waren über das verlängerte Wochenende verreist). Das war am Mittwoch, Donnerstag war Feiertag. Am Freitag wurde Manfred Röder, der "fanatische Überzeugungstäter" wie ein Gericht schon einmal festgestellt hatte, in der Stadt gesehen. Die "nicht-verreisten" Demokraten gaben nicht auf. Auf eigene Initiative - und dazu gehörte eine Portion Mut - erfuhren sie aus dem Kreis dieser faschistischen, kriminellen Vereinigung, was geplant war:

- die schwarz - rot - goldene Fahne der BRD und das Grundgesetz sollten öffentlich verbrannt werden,
- die Regensburger Demokraten sollten durch eine "spontane Attacke" terrorisiert werden. Angst einjagen, das sei das Mittel, um Einfluß zu bekommen, so behaupteten die Rechtsextremisten.

Was ihre politische Ausrichtung ist, das hat ihr "FÜHRER", ein Herr Roeder, im Haus Heuport deutlich verkündet:

- das alte Deutsche Reich würde fortbestehen, die verlorenen Gebiete müßten gewaltsam zurückerobert werden; Hitler habe nur den Fehler gemacht, zu lasch mit der Opposition umgegangen zu sein; diesen Fehler wollen die Neonazie nicht wiederholen, "sondern mit allen Demokraten auf räumen", wenn sie an der Macht sind;
- sie wollen die Vernichtung des demokratischen Systems, denn Demokratie sei Perversion, Korruption, eine jüdische Erfindung zur Knechtung des deutschen Volkes.



Rechtsanwalt Manfred Roeder: will helm ins Reich.

Im folgenden drucken wir den ausführlichen Bericht der Regensburger Zeitung "Die Woche" ab:

Das ist eine Blamage für Regensburg: Verherrlichung von Nazi-Verbrechen

Regensburg hat sich blamiert. In der Reichsstadt wurde ein Reichstag abgehalten, der nicht hätte stattfinden dürfen. Neonazis übelsten Zuschnitts tagten am Samstag und Sonntag in Regensburg. Das Nazi-Treffen fand im Haus Heuport statt. Unter dem Motto „Ich bereue nichts“ (Rudolf Heß) wurden in Reden das Dritte Reich und Hitler verherrlicht und Judenhaß geschürt. Im kircheneigenen Saal, der mit schwarzweiß-roten Fahnen geschmückt war, wurde das Denkmal für Domprediger Maier und die Regensburger Bürger Zirkel und Lotter, die in den letzten Tagen vor der Kapitulation von einem Nazi-Kommando ermordet wurden, als „Verräterdenkmal“ beschimpft. Obwohl der Initiator dieses gespenstischen Auftritts, der aus seiner Standesorganisation ausgeschlossene Rechtsanwalt Manfred Roeder, mit seinen Anhängern hinlänglich bekannt ist, unternahmen weder die politischen Kräfte der Stadt noch Behörden etwas, um diesen Auftritt der gefährlichen Gestrigen zu verhindern.

„So gut wie in Regensburg ging es uns noch nirgends“, höhnte Manfred Roeder, der in ledernen Kniebundhosen, Wolljanker und weißen Kniestrümpfen aufzutreten pflegt. So gelang es ihm mit seiner Schar am Sonntagvormittag, Touristen und Kirchgänger zu erschrecken. Die Neonazis zogen mit ihren Fahnen über den Neupfarrplatz und den Domplatz, geschützt von einigen Schlägertypen der aus Nürnberg stammenden „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in Nagelstiefeln und uniformähnlicher Kleidung. „Juda verrecke — Deutschland erwache!“ rief ein Alt-Nazi junger Leute zu, die mit einem Plakat — „Nazis raus aus Regensburg“ — auf den Domplatz gekommen waren.

Gegen diesen provozierenden Aufzug schritt die Polizei nicht ein. Die Roedergruppe, die unter dem Namen „Deutsche Bürgerinitiative Deutsches Reich“ oder „Freiheitsbewegung Deutsches Reich“ auftritt, hatte sogar ihre eigene Filmgruppe dabei. Für die Kamera stellte sich der bun- zusammengewürfelte Haufen vor der Alten Wache am Neupfarrplatz mit seinen Fahnen in Positur. Der Film mit Regensburg als Kulisse wird Gesinnungsfreunden überall in der Bundesrepublik gezeigt. Auf diese fragwürdige

Reklame hätte Regensburg wahrlich verzichten können.

Am Samstagabend hielt Roeder mit rund 60 seiner Anhänger einen „Appell“ für die Toten des 2. Weltkrieges ab. Zum Singen lagen Texte alter Nazilieder auf, in denen Hitler als Führer triumphiert und Schmähungen von Juden vorkommen. Stehend wurde gesungen. Einige hatten den Arm zum Hitlergruß erhoben.

Roeder ließ in seiner Ansprache keinen Zweifel daran, wen er vor allem zu ehren gedachte: Hitler und seine Schergen. Da wurden die Juden, „Das Weltjudentum“, als „Hauptfeind des deutschen Volkes“ verunglimpft, die es „mit Haß bis zur Vernichtung“ verfolgten.

Roeders Auslegung der „Kristallnacht“, in der auch in Regensburg die Synagoge in Brand gesteckt worden ist, zeichnet blanke Verhöhnung aus. Da sei die Kristallnacht „keine Judenverfolgung“ gewesen, nur „Reaktionen auf jüdischen Terror und Volksverhetzung“. Die deutsche Bundesregierung bestehe aus „Verbrechern und Eidbrüchigen“, weil sie die Juden in Israel, den „Todfeind des deutschen Volkes“, mit Geld unterstütze. Der Mord an sechs Millionen Juden nannte Roeder „erstunken und erlogen“.

Der besonderen Ehrung wurden die in Nürnberg verurteilten und hingerichteten Nazigrößen zuteil. Einer „Räuberbande“ seien sie zum

Opfer gefallen. Hitler sei ein Friedensbringer gewesen. Seine Soldaten hätten für Vaterlandsliebe, für Ehre und Treue gekämpft. Die Opfer des „Mord-Terrors der raffgierigen Länder um uns her seien sie geworden. Sie seien für eine „gerechte Sache“ gefallen.

„Ohne Deutsches Reich keine Zukunft der Völker“ verkündete eine Parole von einem der Roeder-Plakate im Saal. Das Deutsche Reich will er wieder errichten. Er verhehlt nicht, welches deutsche Reich er meint: „Natürlich das Dritte Reich, das war das beste, das wir hatten.“ Die bestehende Demokratie beruhe auf „Lügen, Gewalt, Unterdrückung und Betrug“. Er und seine Männer



Im Saal des Hauses Heuport: Nazi- Verherrlichung und Judenhetze.



Vor der alten Wache am Neupfarrplatz in Regensburg: Aufmarsch der gefährlichen Gestrigen. Foto: Hanske

würden am Reichsgedanken festhalten, bis man wieder „in Würde und Anstand Deutscher sein kann“. Roeder über die Regierenden in Bonn: „Verbrecher regieren uns.“ Die Demokratie sei schließlich eine „perverse Staatsform“.

Was Bürgerpflicht der politischen Parteien gewesen wäre, wurde in Regensburg nur jungen Leuten, vornehmlich aus linken Gruppen, überlassen: gegen diesen Nazispuk Stellung zu beziehen, Flugblätter zu verteilen und die Bevölkerung zu informieren.

Am Sonntag vormittag fuhr die Roeder-Gruppe zu einer „Freiheitskundgebung“ zur Befreiungshalle in Kelheim. Die Halle war vorsorglich gesperrt. Eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei war aufgezo-

gehindert konnten die Neonazis mit ihren Fahnen und einem weißen Transparent mit der Aufschrift „Ich

bereue nichts“ vor der Befreiungshalle Stellung beziehen. Es ertönte das Lied „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand“. Roeder begann mit einer Ansprache. Die Befreiung des Vaterlandes müsse wieder eingeleitet werden. Alles was nach dem 23. Mai 1945 in Deutschland geschehen sei, wäre null und nichtig. Das deutsche Volk habe nichts zu bereuen. Man könne alles noch einmal so tun, wie es getan worden ist.

Erst als eine Gegendemonstration, ebenfalls aus Regensburg angefahren, aufzog, das KZ-Lied „Wir sind die Moorsoldaten...“ erklang und im Sprechchor zu hören war „Nazis raus aus dieser Stadt“, löste die Polizei die unangemeldete, also illegale Kundgebung auf. „Einst wird kommen der Tag der Rache...“ sang die Roeder-Gruppe und erwiderte den Chor der Demonstranten

mit dem alten Nazi-Schlägerruf „Rotfront verrecke!“.

Es war also erst den Demonstranten gelungen, eine Nazi-Veranstaltung zu verhindern. Die Polizei schritt vorher nicht ein, obwohl sie gesetzliche Handhaben gehabt hätte. Wären die demonstrierenden jungen Leute nicht aufgezo-

gen, dann wäre eine eindeutige Neo-Nazi-Veranstaltung vor der Befreiungshalle abgehalten worden — unter Polizeischutz.

Es waren nicht nur ein paar Touristen, die über diesen finsternen Spektakel in Regensburg und in Kelheim erschreckt waren. Empörung und tiefe Verunsicherung gab es auch in der jüdischen Gemeinde Regensburgs, daß so etwas in Regensburg geschehen konnte.

Der DGB-Kreisvorsitzende, Josef Filius, richtete ein Protestschreiben an den Oberbürgermeister der Stadt



Sie bereuen nichts, weil sie nichts dazugelernt haben. Sie wollen das 3. Reich mit dem großdeutschen Macht-wahn wieder haben: Die Roeder-Gruppe vor der Befreiungshalle. Bilder: Horst Hlanske

Regensburg, an den Bürgermeister der Stadt Kelheim, an den Kelheimer Landrat und an alle Parteien im Regensburger Stadtrat und im Kelheimer Kreistag.

In dem Brief heißt es: „Das Abhalten eines Reichstages durch rechtsextreme Gruppierungen im Gebiet Regensburg/Kelheim ist eine Herausforderung an alle Demokraten. Die hier geäußerten Ansichten stellen eindeutig faschistisches Gedankengut dar, das gemäß § 5, Ziffer 4 des Versammlungsgesetzes unter das Verbot der Versammlungen fällt. Oberbürgermeister, Landräte, Bürgermeister und politische Parteien werden aufgefordert, in Zukunft Veranstaltungen, die von vornherein die Vorbereitung faschi-

stischen Gedankengutes erkennen lassen, zu verhindern.“

Dabei wäre alles so leicht gewesen. Manfred Roeder, der Rechtsanwalt aus Hessen, war mit ausführlichen Beschreibungen seiner Aktivitäten rechtzeitig angemeldet. In Flensburg, beim ersten seiner Reichstage, und in Fritzlar, beim 2. Reichstag, hatte er größte Schwierigkeiten bekommen.

Außerdem hätte sich ein Richter, ein Staatsanwalt oder ein Polizeibeamter in den Saal des Haus Heuport setzen können. Er hätte im Nu genügend rechtliche Argumente ge-

habt, mit denen die Versammlung hätte verboten werden können.

Die offiziellen Stellen hielten es da lieber mit dem Regensburger Motto: Es wird schon niemandem auffallen. Aufgefallen ist dabei leider — und das nicht nur in Regensburg — wie wenig ernst man es damit meint, die NS-Vergangenheit zu bewältigen. Es ist zwar richtig, daß Roeder und seine fanatisierten Gesinnungsgenossen nicht viele an Zahl sind. Doch die Wirkungen, die diese Umtriebe im Ausland haben, nähren das alte Mißtrauen gegenüber dem schwachen Demokratieverständnis in der Bundesrepublik.

Harald Raab



Erst eine Gegendemonstration veranlaßte die Polizei, den Nazi-Spuk am Sonntag in Kelheim zu beenden.

Um diese geplante faschistische Aktion zu verhindern, wandten sich das 'Anti-Strauß-Komitee' und die 'Demokratische Front' mit einem offenen Brief an den Oberbürgermeister, an den Landrat und an alle demokratischen Bürger Regensburgs mit der Forderung, diese Provokation zu verbieten bzw. zu verhindern. Noch am Abend desselben Tages fanden sich Personen verschiedener politischer Richtungen zusammen und gaben gemeinsam ein Informationsflugblatt heraus, um die Bevölkerung über das unverschämte Auftreten der Neonazis in Kenntnis zu setzen.

Jedoch wurde von den Verantwortlichen und der Polizei nichts unternommen, um die neofaschistischen Umtriebe zu verbieten. So blieb es Aufgabe der Demokraten und Antifaschisten, die auch bisher die Initiative ergriffen hatten, die Nazis bis nach Kehlheim zu verfolgen; durch ihre Anwesenheit und durch die immer wieder gestellte Forderung "Nazis raus aus dieser Stadt" gelang es schließlich, die Bereitschaftspolizei zur Auflösung der Faschistenversammlung zu bewegen.



Typen die ihre eigene Karikatur sind: gestiefelter Herrenreiter.

Durch ihre Wachsamkeit, durch ihr bereitwilliges Zur - Stelle - Sein und durch ihr entschlossenes Auftreten haben die Regensburger Antifaschisten und Demokraten gezeigt, daß sie bereit sind faschistische Provokationen zu verhindern. Daß sie bereit sind, der Verbreitung von Völker- und Rassenhaß, der Hetze für den Krieg und für die Beseitigung der demokratischen Rechte entschieden entgegenzutreten. "Einig gegen Rechts" - das wurde hier in die Tat umgesetzt.

Wir danken besonders jenen Pressevertretern der "Woche", die durch ihre umfassende Berichterstattung die zuständigen Stellen und die Öffentlichkeit daraufhinwiesen, daß so etwas in Regensburg nie wieder passieren dürfe. ■

Pressestimmen aus Bayern :

Zu den Naziprovokationen in Dachau/Fürstenfeldbruck

Der DID berichtet in dieser Ausgabe auf Seite 1 und 2 wie durch das gemeinsame Vorgehen der Demokraten und Antifaschisten der Naziaufmarsch in Dachau und Fürstenfeldbruck verhindert werden konnte. Anderes ist in den Presseberichten renommierter Zeitungen Bayerns zu lesen:

In den Presseberichten, die sich alle auf eine ap/dpa-Meldung bezogen, wurde vielfach versucht, solche gemeinsamen Aktionen als "Schlägereien von Linksextremisten" darzustellen.

Die Polizei soll damit als not-

wendiger Ordnungsfaktor Nr. 1 dargestellt werden. In Wirklichkeit war es die Disziplin der Demonstranten selbst, die sich trotz einiger Versuche von Seiten der Neonazis und einiger Polizisten nicht zu Provokationen hinreißen ließen.

MZ
9-5-77

Schlägereien bei NPD-Demonstration

Fürstenfeldbruck (dpa/lby). Von handgreiflichen Auseinandersetzungen wurde am Samstag eine Demonstration der NPD-Jugend in Fürstenfeldbruck begleitet. Während des Demonstrationszuges, der genehmigt war und der Landeskongress der Organisation vorangehen sollte, prallten die Rechten auf Gegendemonstranten des kommunistischen Hochschulbundes und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes. Einer Alarmhundertschaft der Polizei aus Rosenheim und Traunstein gelang es, die in eine Schlägerei verwickelten Gruppen zu trennen. Die für zwei Stunden genehmigte öffentliche Kundgebung der NPD-Jugend auf dem Festplatz in Fürstenfeldbruck kam wegen der Auseinandersetzung nicht mehr zustande. Von der Bevölkerung ausgebuht wurden Teilnehmer, die sich mit „Heil Hitler“ und gestrecktem Arm begrüßten. Die Gegendemonstranten forderten auf ihren Spruchbändern „Faschisten raus aus Schulen, Gerichten und Behörden“ sowie „kein Platz für Nazis“.

TZ 9.5.77 Polizei verhindert Straßenschlacht

tz Fürstenfeldbruck

Eine drohende Straßenschlacht zwischen 250 jungen NPD-Mitgliedern und 500 Angehörigen linksstehender Organisationen verhinderte am Wochenende die Polizei in Fürstenfeldbruck. Der genehmigte Demonstrationszug der NPD-Jugend prallte auf eine Gegendemonstration des kommunistischen Hochschulbundes und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes. Als es auf beiden Seiten zu Beschimpfungen und Kampfeien kam, griffen rund 100 Polizeibeamte ein.

Beulen und blaue Flecken bei Extremisten-Schlägerei

Sechzig meist jugendliche NPD-Angehörige wollten am Samstagmittag in Fürstenfeldbruck eine genehmigte Demonstration durchführen, was jedoch schon in den Anfängen scheiterte, nachdem über 400 Gegendemonstranten, in der Hauptsache linksgerichtete Studentengruppen und etwa 40 Mitglieder der Vereinigung Verfolgter des Nazi-Regimes, den Volksfestplatz besetzt hatten. Es kam zu Schlägereien, doch in kürzester Zeit konnten 50 Mann Landespolizei die Ruhe wiederherstellen. Am Ende war niemand nennenswert verletzt. Zwei der Randalierer wurden festgenommen.

MM
9.5.77

Abschließend ein paar Notizen, die die offizielle Presse in ihren Berichten verschwieg:

- Die ankommenden Demonstranten wurden beim Verlassen der Busse sofort nach Waffen durchsucht; ergebnislos.
- Als ein Mitglied der 'Jungen Nationaldemokraten' von der Polizei zur Feststellung seiner Personalien angehalten wurde, ließ er vorher eine mitgebrachte Pistole in der Hosentasche seines Begleiters verschwinden.
- Ein älterer Polizist, der in einer Kette die Neonazis abschirmen mußte, erklärte gegenüber Demonstranten: "Wenn ich heute nicht gerade Dienst hätte, dann wäre ich auf eurer Seite".

Zeitung schürt Progrome

"Kopf ab, Du Sau!"

In Schwaben, genauer in dem Dorf Rehling am Lech, soll eines der vielen "lebensnotwendigen" Kernkraftwerke gebaut werden. Dieses KKW wird nach Biblis das größte in der BRD sein. Daß es damit **eines** der gefährlichsten ist, ist inzwischen allgemein und auch den Bürgern von Rehling bekannt. Hausfrauen, Lehrer und Bauern und Arbeiter gründeten deshalb die "Aktion Umweltschutz Bürgerinitiative e.V." Mit der Gründung dieser Initiative gerieten die Bürger in das Interesse der Monopolzeitung dieser Gegend, der "Aichacher Zeitung". Der Lokalredakteur, Peter Mossack, sah sofort klar: In Brokdorf ist demonstriert worden, es hat Verletzte gegeben, Bürgerinitiativen waren beteiligt und außerdem sind die Kommunisten an allem Schuld. Und so brauchte er auch nicht zu recherchieren, sondern konnte seinen Lesern berichten:

"Systematische Vorbereitung zur Staatszerstörung. Von Brokdorf bis Rehling getarnte subversive Agenten."

Und weil er wußte, daß die Zentrale der Bürgerinitiativen in Karlsruhe ist, konnte er weiterschreiben:

"Es wird daher die Leser der Aichacher Zeitung kaum überraschen, zu erfahren, daß ähnliche Schlachten, wie in Brokdorf, schon jetzt bereits für den möglichen Kernkraftwerksbauplatz in Rehling vorgesehen sind, ja sie werden definitiv vorprogrammiert und vorbereitet! Die Steuerminister sitzen in Karlsruhe und die eigentlichen Initiatoren im Ostblock." Daß die natürlich in der DDR sitzen, konnte er auch gleich mit einer Exklusivmeldung über Brokdorf "beweisen":

"Keine Mitteilung offizieller Art berichtete von dem etwa 1500 Tonnen großen Küstenmotorschiff aus der DDR, das unmittelbar neben dem Bauplatz auf der Unterelbe seit drei Tagen vor Anker ge-

gangen war, mit einem Antennenwald auf Deck. Gleichzeitig ließen die Besatzer auf dem Gelände einen "Drachen" aus einer Art Aluminium mit einem 15 Meter langen Aluschwanz steigen."

Und weil die DDR und die Unterelbe ein ganzes Stück von Rehling entfernt sind und deshalb einige die Bürgerinitiative vielleicht doch für demokratisch und aufrichtig halten mochten, enthüllte der Herr Schreiberling auch gleichzeitig die Zukunft. Lokalredakteur Mossack:

"Schließlich hat die Polizei auch herausgefunden, daß nahe des Titisees im Schwarzwald ein Spezialcamp besteht, in dem antidemokratische Sturmtrupps systematisch auf den Bürgerkrieg und gegen Polizeieinsatz vorbereitet werden. Daran sollte man denken, denn in Rehling soll sich später wiederholen, was in Brokdorf mit einer harmlosen Bürgerinitiative begann."

Derselbe Redakteur forderte einige Tage später mit einem Extrablatt der Zeitung mehr oder minder offen die Wiedereinführung der Todesstrafe. Das Schulkind Eustachius Hell war ermordet worden.



Redakteur Mossack gründete mit seiner Zeitung eine Aktion, die härtere Strafen, bis hin zur Todesstrafe für Gewaltverbrecher forderte. 50 000 Menschen im Kreis Aichach unterstützten diese Aktion mit ihrer Unterschrift. Als der schnell geständige Mörder in den Gerichtssaal zur Verhandlung gebracht wurde, drängelten sich die Aufgeputschten vor Gericht. Als der Mörder vorbeigeführt wurde, brüllten sie: "Kopf ab, du Sau!"

Die freie Presse, so lernen es die Kinder in der Schule, ist einer der Grundpfeiler unserer Demokratie. Was aber, wenn diese Presse so frei ist zu lügen, zu verhetzen und zu Pogromen aufzurufen? ■



Beendet das Wettrüsten

Seit Monaten wird der Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit heftig diskutiert, doch nie die Inhalte, bloß die wesentliche Frage, ob da etwa Kommunisten dabei sein könnten, die etwas gegen den Krieg haben. Dann kann man nämlich nicht mehr für Abrüstung sein (und ist es auch nicht...). Vor seinem Rauswurf bekam das schon der Juso-Vorsitzende Benneter zu spüren. Trotzdem: gegen massive Blockierungsversuche faßten Gewerkschaftsversammlungen Beschlüsse im Sinne des Komitees, viele SPD-Mitglieder, Gewerkschafter, Demokraten, Rüstungsgegner ließen sich nicht von der Antikommunismuswelle mitreißen. Die sollte natürlich nur die Sache selber, die Forderung nach Abrüstung, diffamieren, um nicht zu inhaltlicher Stellungnahme gezwungen zu sein. Wir nehmen Stellung.

So richtig die Forderung nach Beendigung des wahnwitzigen Wettrüstens ist, so mager sind einige Begründungen: "Niemand kann sich auf die Dauer die Fortsetzung des Wettrüstens leisten. Unsere Welt braucht ein Gleichgewicht des Vertrauens und nicht des Schreckens, braucht Zusammenarbeit und nicht Konfrontation." (Aus dem Aufruf "Beendet das Wettrüsten!")

Schön und nicht gut, denn: wer ist der Niemand in diesem Zitat? Wir Demokraten, alle Werktätigen? Dann stimmt der Satz. Oder die Großindustrie, die Bankiers, die Rüstungsindustrie und ihre Agenten, die Dregger und Strauß usw.? Dann stimmt der Satz gewiß nicht mehr. Es fehlt die klare Aussage, in wessen Interesse hier gerüstet wird. Kein Wort über eine Bundeswehr, die schließlich zugegebenermaßen zur Roll-back-Politik des 'Kalten Krieges' gegründet wurde: um

Angriffskriege nach Osten zu führen. Noch heute hat sie überwiegend schnelle Panzer für Ebenen (DDR, Polen, Sowjetunion), nicht langsamere Panzerabwehrwaffen; noch heute ist die Hauptwaffe in der Luft der immer noch nicht vollständig abgestürzte Lockheed-Starfighter, der speziell für die Bundeswehr vom Abfangjäger zum Jagdbomber umgerüstet wurde und A-Bomben bis Moskau tragen kann; aber immer gab es die nützliche Ausrede der "Bedrohung aus dem Osten", -- auch wenn Minister Leber voriges Jahr, uns damit als für 20 Jahre für dumm verkaufte entlarvend, meinte, erst jetzt rüste der Warschauer Pakt auf Offensivwaffen u m...

Von der Gefahr, die von solcher Aggressionstruppe ausgeht, wird im Aufruf nicht gesprochen. Wegen dieser Kriegsgefahr sind wir gegen diese Rüstung, nicht so sehr, weil uns der Bundeswehrplunder fast 50 Milliarden im Jahr kostet, was natürlich auch schon verrückt genug ist.

Auch fehlt ein Hinweis auf die mit den Rüstungs- und Kriegsanstrengungen parallel laufende Abwürgung der Reste von Demokratie in diesem Land. Die Gefahr eines neuen Faschismus ist real, solange die Kräfte, die einen Hitler finanzierten, Kräfte, die einen Strauß finanzieren, hier noch die wirtschaftliche und damit politische Macht haben.

Die faschistische Terrorherrschaft war nötig, um die deutsche Kriegsmaschinerie aufzubauen, Kriegsvorbereitungen zu treffen. Heute ist die Bundeswehr wieder die stärkste Kriegsmaschine Westeuropas - und der Abbau der demokratischen Grundrechte schreitet zügig voran.

Obwohl so wichtige Punkte in dem Aufruf fehlten, hat das ASK die Demonstration des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit unterstützt, um der Forderung nach Abrüstung Gewicht zu verleihen.

An der Münchner Demonstration nahmen zwischen 6 000 und 12 000 Menschen teil (die Schätzungen übel- und gutgesinnter Stellen), Mitglieder verschiedenster Organisationen, auch viele SPD-Mitglieder, die zum Teil, auf Grund der Haltung des SPD-Vorstands für Rüstung, verummumt erscheinen mußten.

Das Anti-Strauß-Komitee beteiligte sich mit einem Transparent "Gegen Faschismus - gegen Krieg!"

Auf der Abschlußkundgebung sprach u. a. Pastor Niemöller.

Es steht zu hoffen, daß die Demonstrationen am 21. Mai 1977 geeignet waren, der Forderung nach Abrüstung Gehör zu geben und mehr Menschen für dieses Ziel zu gewinnen.

Ein ungemütlicher Maiausflug

Wer sich am 7.5.d.J. morgens von München nach Ohu aufmachte, fand einen ungetrübt blauen Maihimmel. Schönste Voraussetzung für eine beschauliche Fahrt durch das frischgrüne Bayern zwischen Landeshauptstadt und Landshut. Die dortige Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke hatte zur Demonstration gegen Inbetriebnahme des KKW's aufgerufen. Gut zweihundert münchener Teilnehmer machten es sich in Bussen und Privatfahrzeugen bequem, währenddessen 8000 Polizisten mobil machten.

Voreingenommenheit hatten auch schon die bayerischen Zeitungen verbreitet: "explosive Lage" (SZ), "vorprogrammierte Gewalt" (NZ). Transparente, Flugblätter, Plakate, Proviant und Kameras wurden auf den Wanderausflug mitgenommen. Kenner statteten sich zusätzlich mit Plastik-Schutzhelmen aus.

Jedoch die freie Fahrt dauerte nur ca. zwanzig Minuten, bis Verkehrskontrolle Busse und PKW's von der Bundesstraße in eine stille Landstraße wies. Angesichts mehrerer Dutzend Polizisten, von denen einige schußbereit mit Maschinenpistolen die Fahrzeuge umstellten, entpuppte sich das Ganze als bedrohliche Durchsuchungsaktion. Halbdutzendweise stiefelten Polizisten in die Busse, durchsuchten Taschen, Kleidungsstücke und die Fahrzeuge. Sie begutachteten Transparente und beschlagnahmen sie. Schutzhelme, Zitronen, ein Küchenmesser und ein belichteter Film – all das wird unter Vorwänden beschlagnahmt, gegen Quittung, wie es sich in einem Ordnungsstaat gehört. Weit über eine Stunde Reisepause im Bus, denn Aussteigen ist untersagt – wer möchte das auch schon angesichts der schußbereiten Waffen und scharfen Hunden ringsum? Ein ziviler Polizeiwagen mogelte sich vor die Busse und fuhr tempodrosselnd bis zur nächsten Kontrolle vorweg.



Empfangsbereit stehen hier einige Staatsapparatsschützer und fotografieren die über-raschten Insassen, die in einigen Jahren vom Berufsverbot Bedrohten. Einen der Busse hatte man nämlich bisher unkontrolliert gelassen – der war jetzt dran. Das gleiche Geschnüffel, die gleichen Beschlagnahmungen und eine versuchte Festnahme (da hatte sich jemand erlaubt, einen einzigen Polizisten zu fotografieren) dehnten auch diese Reiseunterbrechung auf über eine Stunde aus. Der mutzlosel Verkehrsbeamte bremst den Verkehr, läßt die ersten Fahrzeuge einfädeln um dann aber den anderen Verkehr dazwischen fahren zu lassen, um so die Fahrzeuge der Demonstranten auseinander zu dividieren.

Diesesmal ein anderes Zivilpolizeifahrzeug – und weiter gehts gemäßigten Tempos gen Landshut. Die Stimmung ist so heiter wie das Ausflugswetter: Lieder und Sonne fahren mit. Schon seit München sind ständig Polizeifahrzeuge im Hinterhalt an der Strecke zu beobachten. Mehrere Hubschrauber der Bundeswehr und der Polizei in der Luft. Mit mehr als zwei-stündiger Verspätung wird der Treffpunkt der verschiedenen, ausschließlich bayerischen, Bürgerinitiativen erreicht. Wieder wird die nur bis 17 Uhr genehmigte Demonstration taktisch von der Polizei verkürzt.

Die Fahrzeugkolonne wird im Schritttempo bis ca. 5km vor's Ziel eskortiert. Menschen winken aus den Fenstern, von Balkons – Sympathisanten? Und dann entfaltet sich die ganze Staatsapparatsmacht. Die Straßensperre für friedfertige Demonstranten beginnt mit Panzerfahrzeugen, setzt sich fort mit Hunderten ritterlich geschützter Polizisten, es folgen Wasserwerfer; Gummiknüppel, Gewehre, Pistolen sitzen locker, Munde tänzeln jagdlustig. Einige Demonstranten versuchen, durch Blumenverteilen und Gespräche die waffen-

klirrende Kriegsstimmung aufzuweichen. Aber die Staatsmacht verliert nicht ihre Bedrohlichkeit. Aufpeitschend dröhnen Hub-schrauber von oben, sie führen Flüssigkeiten mit, die sog. "chemische Keule" gegen Demonstranten. Der Vorsicht und Disziplin der Atomkraftgegner ist der friedlich verlaufende Fußweg bis Ohu zu verdanken.

In Zeitungsanzeigen hatte das Kernkraftunternehmen die örtliche Bevölkerung über die Gefahren des Werks im Unklaren gelassen und stattdessen nur von Vorteilen geschrieben. So wurde den Einwohnern z.B. ein Dränagesystem unter den Äckern prophezeit, mit dem Atomkühlwasser sollen die Felder künstlich erwärmt werden.

Die Leere solcher schönen Versprechungen ist bekannt.

Sie, die Einwohner, machten Fotos fürs Familienalbum, schimpfen oder lachen vergnügt - sie betrachten alles als einen Karnevals-umzug. "Allaaf" ruft eine von ihnen.

Die sich im Hintergrund und am nochmals fünf km entfernten KKW aufhaltenden weiteren mehreren tausend Polizisten lassen ein bedrückendes Gefühl von Polizei- und Übermacht aufkommen.

Die Rückreise wurde sofort nach der Kundgebung auf dem Ortsplatz angetreten, denn ein Treffen mit den Kampfgruppen der Polizei, Bahnpolizei und des Grenzschatzes in der Dämmerung wäre noch bedrohlicher gewesen. ■

H i n w e i s !!

In der vorhergehenden Nr. des DID (Nr. 25 März/April S.4) hatten wir mit (vermutlich zu kurzem) Kommentar ein Schreiben der Staatsanwaltschaft abgedruckt aus dem hervorging, daß ein gegen das B.B. Buch "Wie alles anfing", 2. Ausgabe angestrigtes Ermittlungsverfahren eingestellt wurde.

Inzwischen haben wir erfahren, daß diese Anzeige Verwirrung in den Reihen der Demokraten gestiftet hat, da allem Anschein nach durch unsere Berichterstattung nicht klar hervorging, wer die Anzeige erstattet hatte und mit welcher Absicht. Darum stellen wir fest:

Name und Anschrift der anzeigenden Person sind der Redaktion bekannt. Die Anzeige wurde erstattet, um einmal auszutesten, ob die Staats-

anwaltschaft auch gegen den Vertrieb der 2. Ausgabe vorgehen würde die von mehreren hundert, u.a. prominenten Herausgebern getragen wird. Bis jetzt ist die 1. Ausgabe, die im Trikont-Verlag erschien, immer noch nicht für den Vertrieb freigegeben. Die 2. Ausgabe (inhaltlich identisch mit der ersten) darf - wie der Anzeigen-Text erwies im Handel sein. Solche widersprüchliche Praktiken legen den Schluß nahe, daß es bei der Beschlagnahme der Erstausgabe in erster Linie gar nicht um den Inhalt des Buches ging sondern darum, einen linken Kleinverlag vor Gericht zu bringen, um dann mit empfindlichen Geldstrafen die Existenz solcher Kleinverlage zu gefährden.

Was zuerst nur Vermutung war - ist durch das Verhalten der Staatsanwaltschaft jetze dokumentiert.

Die Redaktion

SCHON WIEDER BLATT - REDAKTION GESTÜRM

Mal wieder wurden von der Kripo Redaktionsräume, in München beim "Blatt" (Stadtzeitung für junge Leute) durchsucht. Grund: Ein Plakat, das verummte Polizisten im Einsatz gegen Anti-Atom-Demonstranten in Brokdorf zeigt, mit der Aufschrift: "Deutsche Polizisten sind die Terroristen"

Ein Durchsuchungsbefehl lag diesmal vor, aber man suchte nicht nur nach dem Plakat, sondern auch die Angestellten der Zeitung wurden erkenntungsdienslich behandelt und nicht nur diese, sondern auch zufällig anwesende Kunden vom "Blatt". Auch Müllbehälter wurden durch-

gekämmt, aber man wurde nicht fündig. Schließlich hatte man sich wieder einen kleinen Verlag vorgenommen, der unbequem ist und den man so in die Knie zu zwingen versucht.

Die Staatsanwaltschaft erklärte später, die Durchsuchungsaktion sei "ohne aktuellen Anlaß" gegen den Urheber des Plakats angeordnet worden. Aber vielleicht suchte die Kripo gar nicht nach diesem Plakat, sondern galt die Fahndung dem sogenannten "Häschenplakat", das nach dem Mord an Siegfried Buback verbreitet wurde. Wer weiß!

Sind Sie 'fettes Bürgerpack'?

Der Volkswarzbund ist wiederauferstanden.

Eine der übelsten und heuchlerischsten deutschen Sittenwächter war in den 50er und 60er Jahren der berühmte Volkswarzbund in Köln. Er zog, unterstützt von Kirche, CDU/CSU und Industrie gegen den Sexismus und die 'rote Gefahr' in unseren Kinos zu Felde. Mit der wachsenden Bedeutung des Fernsehens schien er entschlafen zu sein. Aber er ist wieder erwacht (als Aktion Funk und Fernsehen - AFF) und greußlicher denn je. Ausgewählten Fernsehern flatterte ein Brief ins Haus. "Liebe Nachbarn! Ärgern Sie sich auch... über die täglich penetranter, ... über die täglich arroganter werdende Mißachtung des mündigen Bürgers durch den Rotfunk? Sie alleine können doch nichts machen? Alleine wahrscheinlich wenig, aber im Zusammenwirken mit vielen Nachbarn werden Sie wichtiger Teil

einer Kraft, die schon heute den Funkhäusern Kopfzerbrechen bereitet. Jede Einzel-Zuschrift wird z.B. mit mindestens 3 000 (dreitausend) "Schweigenden" gleicher Meinung multipliziert. Solches Gewicht hat Ihre Stimme!" Und dann wird auch unverblümt gesagt, was diese Stimme fordert: "Der Bürger soll nicht durch eine vorgekaute Meinung manipuliert, auch nicht von dem Kommunisten Biermann "fettes Bürgerpack" beschimpft werden." (Die ehrenwerten Herrschaften haben wahrscheinlich Gewichtsprobleme.) "Er soll in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Meinung bilden und in einer achtenswerten Gemeinschaft leben zu können." Und es wird weiter verlangt: "Durchführung des Radikalenerlasses auch in den Funkhäusern."

In den Pamphleten, die diesem Brief noch beiliegen, wird schließlich unter dem Motto: "Der Feind steht bereits mitten im Lande", zur "Mobilmachung" aufgerufen. Die "überparteiliche Volksbefragung gegen Kommunistenpropaganda!" fordert auf, Lokalzeitungen und Funkhäuser anzuschreiben und sich auf einem Fragebogen zu folgenden Fragen zu äußern:

MOBILMACHUNG

ÜBERPARTeilICHE VOLKS - BEFRAGUNG I

1. Sind Sie dagegen, daß Kommunisten - wie Wolf Biermann - der im ARD-Programm 4 Stunden Sendezeit erhält, anständige Deutsche als "fettes Bürgerpack" beschimpfen? ja nein
2. Meinen Sie, daß der zuständige Programm-Direktor Werner Hüfer mit der Zulassung solcher Sendung seine Dienstpflicht grob verletzt hat und zur Vermeidung von Wiederholungen seines Postens entheben werden sollte? ja nein
3. Unterstützen Sie die Forderung der AFF, gerichtet an die Funkhäuser, daß endlich den gesetzlichen Vorschriften für die Gestaltung der Programme Rechnung getragen wird? ja nein
4. Unterstützen Sie die Forderung der AFF, das ARD-Koordinierungsabkommen dahin zu ändern, daß ein Programm bei Einspruch von mindestens 3 Länderrundfunkanstalten vom Gemeinschaftsprogramm abzusetzen ist? ja nein

Der Beweis ist erbracht! Die "graue Eminenz" des WDR Werner Hüfer ist vog von Fenster. Tausende von Protesten haben gewirkt. Wir empfinden keine Schadenfreude über einen Menschen, aber Freude über einen Erfolg in der Sache. Jetzt gilt es, unsere Stärke auszubauen und endlich mehr Meinungsfreiheit in den Funkhäusern durchzusetzen. Auf jeden kommt es an!

ABSTIMMUNG I

Brief-Drucksache DM 0,40

Ich/wir stimme(n) den von der AKTION FUNK UND FERNSEHEN E.V. 5 Köln 1, Postfach 190 229 zur VOLKSBEFRAGUNG I vorgelegten Fragen 1, 2, 3, 4 zu.
(Ggf. verneinte Frage-Nummer streichen!)

Unterschrift PLZ Ort Vorname Beruf Straße unt./üb. 30 J.

Leserbrief:

Folgende Zuschrift erreichte uns im April 1977:

wer seid ihr?

genossen

plakatkleber?

aufrechte demokraten?

genossen?

wer ist das

'initiative zur abwehr des
maulkorbgesetzes'

was ist das

'anti-strauß-komitee'?

und

das wäre wichtig:

warum gerade mir

solche

drucksache

vor einiger zeit

ein plakat?

warum mir

warum wißt ihr von mir?

ich will

wissen

mehr wissen von euch als nur

die fassade

der hinterhof interessiert

mich nicht nur

auch was ihr wollt

wollt ihr

nur gesetze ändern

oder auch das system?

und nennt euch

bitte

nicht linke

so nennt man auch reaktionäre

in rechten kreisen

die zur sogenannten mitte

streben

und linker flügel sind.

sagt mir

wer ihr seid

es interessiert!

mit freundlichen grüßen

Wir freuen uns über diese Zuschrift und bedanken uns.

Hier kurz eine Antwort auf die wichtigsten gestellten Fragen: Die IAM ist eine Initiative, bestehend aus Mitgliedern verschiedener politischer Gruppierungen und Organisationen sowie Einzelpersonen, in der auch Mitglieder des ASK mitarbeiten. Nähere Informationen können bei der IAM angefordert werden.

Das ASK ist ein Zusammenschluß von Straußgegnern, 1972 anlässlich der Bundestagswahl entstanden. Unsere Zeitung ist der DID. Jeweils auf der letzten Seite einer Nummer ist eine kurze Darstellung unserer Ziele abgedruckt.

Von Abonnenten unserer Zeitung erhalten wir gelegentlich Zuschriften mit der Angabe von Anschriften und der Bitte, diesen Freunden und Bekannten der Abonnenten eine Probenummer der Zeitung oder sonstige Publikationen zuzusenden. Wie Deine Anschrift in unseren Werbeversand gekommen ist, versuchen wir noch zu klären. Ob wir "nur Gesetze ändern" "oder auch das System," darüber gibt es in unserem Komitee verschiedene Ansichten; einer Meinung sind wir aber darin, daß trotz verschiedener Ansichten ein gemeinsamer Kampf um die Erhaltung demokratischer Rechte und Freiheiten notwendig und möglich ist. Wir sehen in der BRD eine zunehmende und bedrohende Entwicklung zum Obrigkeitsstaat hin - die Gefahr eines neuen Faschismus droht. Der Gegner - die Reaktion - ist stark. Durch gemeinsames Handeln werden wir jedoch stärker sein. Dazu wollen wir mit unseren Kräften und "möglichst" einen Beitrag leisten.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ein
Jahresabonnement des
**DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES**

DM 8,- habe ich überwiesen /
Haben in Briefmarken bei

Name:.....

Vorname:.....

Straße:.....

Ort:.....

**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

-20

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8.-
Postcheckkonto Jacobi,
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelplatz für diese Kräfte; dahinter stehen einflussreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte. Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

Heinz Jacobi, 8000 München 2, Martin-Greif-Straße 3
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag